

Jahrbuch Friedenskultur
Band 10 | 2015

Friedensforschung in Österreich Bilanz und Perspektiven

Herausgegeben von
Werner Wintersteiner | Lisa Wolf

Veröffentlicht mit der Unterstützung des Universitäts.Club|Wissenschaftsverein Kärnten



LAND  KÄRNTEN
Kultur

Drava[®]

DRAVA VERLAG · ZALOŽBA DRAVA GMBH
9020 Klagenfurt/Celovec
www.drava.at

© Copyright 2016 by Drava Verlag
Umschlaggestaltung: Walter Oberhauser, Foto: Werner Wintersteiner
Druck: Drava Print GmbH
ISBN 978-3-85435-779-7

INHALT

EDITORIAL

Werner Wintersteiner | Lisa Wolf:
Den Frieden erforschbar machen. Zu diesem Buch 9

I. POSITIONEN

Werner Wintersteiner | Wilfried Graf:
Friedensforschung in Zeiten des Umbruchs. Plädoyer für
(selbst-)kritische Neuorientierung und transdisziplinäre
Zusammenarbeit 16

Claudia Brunner:
Das Konzept epistemische Gewalt als Element einer transdis-
ziplinären Friedens- und Konflikttheorie 38

Bettina Gruber:
Friedenslernen – integraler Teil der (Friedens-)Forschung?
Herausforderungen und Perspektiven 54

Wilfried Graf | Werner Wintersteiner:
Ethik und Erkenntnis. Hermann Brochs Bedeutung für die
heutige Friedensforschung 78

II. INTERNATIONALE PERSPEKTIVEN

Oliver P. Richmond (UK):
Peace During and After the Age of Intervention 96

Dieter Senghaas (D):
Der Frieden und seine Erforschung. Bilanz eines halben
Jahrhunderts Friedensforschung 110

Sabine Jaberg (D): Perspektiven und Zukunftschancen der Friedensforschung. Zu aktuellen Konstitutionsproblemen einer wissenschaftlichen Disziplin	124
Ueli Mäder (CH): Wie die Schweiz den Frieden fördern will	143
Francesco Pistolato (I): Friedensforschung in Italien? Nicht wirklich, aber	155

III. FRIEDENSFORSCHUNG IN ÖSTERREICH

Viktorija Ratković Werner Wintersteiner Lisa Wolf: Friedensforschung in Österreich. Ergebnisse einer Umfrage ..	170
Blanka Bellak Gertraud Diendorfer Birgitt Haller Verena Winiwarter Werner Wintersteiner: Der Cluster Konflikt-, Friedens- und Demokratieforschung (CPDC). Eine Zwischenbilanz (2011–2015)	187
Werner Wintersteiner Bettina Gruber: Das Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik. Entwicklung, Arbeitsfelder, Perspektiven	197
Claudia Brunner: Frieden lernen, Frieden lehren. Zehn Jahre Transdisziplinäre Friedensstudien an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt ..	211
Werner Wintersteiner: Österreichische Friedensforschung. Stationen und Stichworte zu ihrer (Vor-)Geschichte	227

IV. ARBEITSFELDER

Wilfried Graf: Experimente mit inoffizieller Diplomatie. Das Kelman Programm für Interaktive Konflikttransformation. Geschichte, Projekte, methodologisches Verfahren	238
Jan Brousek Jürgen Pirker: Zukunft durch Vergangenheit? Interaktive Konflikt- transformation und Erinnerungspolitik am Beispiel der Alpen-Adria-Region	264
Viktorija Ratković: Befreiung der Beheimateten? Kritische Perspektiven auf Migration	279
Lena Freimüller: Kunst : Frieden – Contemporizing and Contextualizing a Relationship	294
Heidi Grobbauer: Global Citizenship Education	318
Josefine Scherling: (K)ein Recht auf Frieden? Zum Verhältnis von Menschenrechten und Frieden	333
Cordula Wohlmuther Martin Ross: Tourismus und Frieden	351

V. AUSBLICK

Claudia Brunner: Kassandras Dilemma Oder: Was kann Friedens- und Konfliktforschung?	364
---	-----

ANHANG

Lisa Wolf:

Die österreichische Friedensforschung im Spiegel der
wichtigsten Publikationen. Eine Auswahlbibliographie 384

Die Autorinnen und Autoren 394

UELI MÄDER

Wie die Schweiz den Frieden fördern will

Die Schweiz gilt als friedliches Land. Sie folgt, wie der internationale Friedensindex ausweist, nach Neuseeland, Österreich, Dänemark und Island auf dem fünften Platz (KOFF 2015a: 14). Die Schweiz ist auch ein neutrales Land. Sie mischt sich nicht parteiisch in fremde Angelegenheiten. Die Schweiz bietet bloss ihre guten Dienste an. Sie tut dies, um Konflikte zu schlichten. Soweit ein Bild, das nicht falsch, aber etwas schön gefärbt ist. Die Schweiz liebt nicht nur den Frieden. Sie liebt auch das Geld, das in der Schweiz und in der weiten Welt sehr ungleich verteilt. Was mehr Zwietracht schürt, denn Frieden fördert.

Die Schweiz gehört zu den reichsten Ländern der Welt. Sie verfügt über ein Bruttoinlandprodukt (BIP) von nahezu 80.000 Franken pro Kopf (2015). Ein Franken entspricht rund einem Euro. Wie die kleine Schweiz groß geworden ist, beschreibt Gerhard Schwarz, der Direktor der (neo-)liberalen Denkfabrik *Avenir Suisse* und ehemalige Wirtschaftsredaktor der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ). Er betont in seinem Buch über das Wirtschaftswunder Schweiz (2011: 14) den Fleiß und die Innovationen. Gesellschaftliche Ungleichheiten sind nach seiner Darstellung unvermeidbare Begleiterscheinungen einer leistungsbezogenen Gesellschaft. Reich sei die Schweiz auch dank dem immateriellen Kapital. Dazu gehören die Bildung, politische Stabilität, behördliche Qualität und das Rechtssystem. Weiter zu erwähnen wären: der Fleiß unzähliger Migranten und Migrantinnen, günstig importierte Rohstoffe sowie das ausgeklügelte Wechselspiel zwischen Freihandel und Protektionismus, mit dem die Schweiz immer wieder eigene Produkte schützt. Gleichwohl empfiehlt sie ärmeren Ländern, den Freihandel rigoros auszuweiten. Hilfreicher wäre ein fairer Handel. Und zwar im Rahmen einer Neuen Weltwirtschaftsordnung mit indexierten Preisen für Rohstoffe und Fertigprodukte. Friedenspolitik ist auch Entwicklungspolitik. Und umgekehrt. Wichtig sind die Bedingungen des Austauschs. Die Handelsabteilung des Bundes versucht, die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit zu dominieren. Im Vordergrund steht die Rentabilität. Rechtspopulistische Kreise wollen die Entwicklungshilfe ganz abzuschaffen oder auf die eigene Bergbevölkerung konzentrieren.

Arm an Rohstoffen, reich an Kapital

Die Schweiz ist stark exportorientiert. Sie betreibt viel Außenhandel. Ihr Binnenmarkt ist relativ klein. Europäische Märkte sind für die Schweiz wichtig. Sie nehmen rund 50–60% der Exporte auf. Von dieser Bedeutung zeugen auch zahlreiche bilaterale Abkommen mit der Europäischen Union. Die Schweiz ist auf Absatzmärkte angewiesen. Zudem auf Rohstoffe. Und der industrielle Sektor ist, trotz stark ausgebauten Dienstleistungen, immer noch recht bedeutend. Der tertiäre Sektor beschäftigt in der Schweiz etwa drei Viertel aller Arbeitskräfte. Im Jahr 2014 waren es 76%. Bedeutsam sind Handel, Gastgewerbe und vor allem Finanzdienstleistungen. Das Handelsvolumen beläuft sich auf rund zwei Drittel des Brutto-Inlandproduktes (BIP). Die Handelsbilanz der Schweiz war allerdings im 19. und 20. Jahrhundert überwiegend negativ. Um die Mitte der 1990er-Jahre kehrten sich die Vorzeichen um. Und im 21. Jahrhundert setzt sich der Trend zur überschüssigen Handelsbilanz fort. Somit ist die Schweiz mehr als ein Kapitalexportland mit einem großen Nettovermögen im Ausland (Mäder 2015: 23).

In der Schweiz verfügt 1% der privaten Steuerpflichtigen über mehr steuerbares Nettovermögen als die übrigen 99%. Darauf wies der *Global Wealth Report* der Credit Suisse (2010: 120) hin. Seither relativiert die Bank ihre Angabe. Sie schlägt nun auch die Pensionskassengelder, bei denen es sich eigentlich um aufgeschobene Löhne handelt, zu den Vermögen. Aber das Verhältnis bleibt krass; egal, ob es nun ein oder knapp drei Prozent sind, die mehr besitzen als der große Rest. Wie der Reichtum zunimmt, dokumentierte das Wirtschaftsmagazin *Bilanz* (2014: 34). 1989 besaßen die 300 Reichsten in der Schweiz rund 82 Milliarden Franken, Ende 2014 bereits 589 Milliarden.

Schweizer Banken verwalten über 2.000 Milliarden Franken private Vermögen von Personen, die in der Schweiz wohnen. Hinzu kommt ein noch höherer Betrag von Reichen aus aller Welt. Mit einem Marktanteil von 26% und einem verwalteten Vermögen von über 2.200 Milliarden Dollar ist die Schweiz der größte Offshore-Finanzplatz der Welt. Ein Offshore-Finanzplatz ist, einfach gesagt, so etwas wie eine Steueroase mit hoher Vertraulichkeit, aber wenig Aufsicht und Regulierung. Dabei erweist sich die politische Stabilität als zentral. Weitere Aspekte sind die Verschwiegenheit und die Bereitschaft, Steuerhinterziehung und Steuerbetrug zu schützen. Doch diese Praxis muss die

Schweiz nun auf internationalen Druck hin aufgeben. Die kleine Schweiz ist aber auch bei andern Finanzgeschäften ein Imperium. Sie nimmt mit einem Bestand von 1.073 Milliarden Franken an direkten Investitionen weltweit den siebten Platz ein. Schweizer Investoren spielen auch auf dem internationalen Markt für Hedgefonds eine zentrale Rolle. Hedgefonds verfolgen eine spekulative Anlagestrategie. Sie gehen für hohe Gewinne hohe Risiken ein. Jeder siebte Franken, der in London oder New York in Hedgefonds fließt, kommt aus der reichen Schweiz. 32% des Kapitals der 50 weltweit größten Hedgefonds stammt von Hedgefonds, die in der Schweiz ansässig sind.

Gegensätzliche Strömungen

Im Februar 2014 stimmte eine knappe Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer für die „Masseneinwanderungsinitiative“ (MEI) der Schweizerischen Volkspartei (SVP). Die Initiative verlangt, die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern in die Schweiz zu begrenzen. Die Initiative tangiert die bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU), die eine Personenfreizügigkeit vorsehen. Der Soziologe und Journalist Samuel Schläefli wollte mehr darüber herausfinden, welche Dynamiken zu diesem Abstimmungsergebnis geführt haben. Er ergründete im Rahmen unserer Studie „macht.ch“ (Mäder 2015: 28) Einstellungen und Ängste in der Schweizer Bevölkerung. Schläefli führte seine Recherchen exemplarisch in der Gemeinde Vorderthal (SZ) durch. 85% der Stimmenden sagten dort Ja zur MEI. Die gut tausendköpfige Gemeinde zählt 8% ausländische Personen, darunter sechs Asylbewerbende. Zusätzlich zur Analyse der sozioökonomischen Dorfstruktur typisierte er seine biografischen Interviews.

SVP-Gemeinderat Karl Mächler ist in Vorderthal aufgewachsen und hat sein gesamtes Leben im Wägital verbracht, wo seine Familie seit mehreren Generationen lebt. Er setzt sich für traditionelle Tugenden der Schweiz ein, zu denen für ihn Arbeitswille, Fleiß, Bescheidenheit und Rechtschaffenheit gehören. Seine konkrete Lebenswelt beschränkt sich im Wesentlichen auf das Wägital und den Kanton Schwyz, bei dem er angestellt ist. Im offenen Gespräch eröffneten sich Widersprüche zwischen persönlichem Handeln und politischer Überzeugung. Drei seien hier genannt: Erstens sein persönlicher Einsatz für das Einbürgern einer Familie aus Ex-Jugoslawien im Dorf, die er für ihren

Fleiß und ihre Assimilation lobt. Zweitens der Verkauf von eigenem Land an einen deutschen Bauunternehmer. Drittens seine eigene Anstellung beim Staat, den er für den Ausverkauf der Schweiz an die EU und eine verfehlte Sozial- und Arbeitspolitik kritisiert.

Samuel Schlaefli interviewte auch Margret Zimmermann, die Geschäftsführerin des Campingplatzes Vorderthal. Sie ist ebenfalls im Wägital aufgewachsen, entstammt jedoch einer Zürcher Industriellenfamilie. Nach ihrer obligatorischen Schulzeit zog sie zuerst nach Zürich, dann weiter nach New York, wo sie einige Jahre arbeitete. Sie kehrte in die Schweiz zurück und übernahm nach dem Tod der Mutter den Campingplatz. Sie hat zwar Bekannte in der Region, aber ihr Freundeskreis ist über den gesamten Erdball verteilt. Ihr Handlungsraum ist zugleich lokal, national und global. Margret Zimmermann kann auf viel Erfahrung im Umgang mit anderen Kulturen zurückgreifen und war einst selbst eine Fremde in den USA. Sie vertritt das Ideal einer liberalen, multikulturellen und weltoffenen Gesellschaft.

Die beiden Interviewpartner stehen für zwei Pole, welche die Schweiz prägen. Schlaefli unterscheidet einen konservativen und einen kosmopolitischen Typ. Beim konservativen besteht ein enger Bezug zur unmittelbaren Umgebung. Veränderungen, wie der Zuzug von Ausländern oder eine geplante Unterkunft für Asylsuchende bedrohen das heimatliche Gefühl. Das Fremde wird dämonisiert; das Eigene und Lokale hingegen glorifiziert. Zur Stärkung der eigenen Identität werden geteilte Referenzen aus der Vergangenheit hochgehalten. Dazu gehören Gründungsmythen wie der Nationalfeiertag oder der Rückbezug auf Freiheitskämpfe der Eidgenossen. Dadurch wird eine symbolisch überhöhte Heimat konstruiert. Statt sich in der Welt zu engagieren, soll sich die Schweiz mehr auf sich selbst konzentrieren. Für Margret Zimmermann hingegen sind das Dorf und die Nation kein ausreichender Bezugsrahmen. Wichtiger sind ihr kulturelle Inspiration und Kontakte zu Freunden auf der ganzen Welt. Die beiden Typen stehen für zwei gegenläufige Tendenzen: Die konservative Ausrichtung sucht nach Übersichtlichkeit in der globalen „Unordnung“. Für sie gewinnt das Lokale an Bedeutung. Die kosmopolitische will hingegen kleinräumige Gefüge aufbrechen und globale mitgestalten.

Die Schweizerische Volkspartei (SVP), die Urheberin der MEI vom Februar 2014, profitiert in Zeiten des rasanten Wandels vom zunehmenden Bedürfnis nach Übersichtlichkeit und Konstanz. Sie findet ihre Basis vor allem auf dem Land und zunehmend auch in städtischen

Agglomerationen. Der SVP-Leader Christoph Blocher wählte für den Auftakt seiner Anti-EU-Kampagne im Juni 2014 bewusst die Gemeinde Vorderthal aus. Seine dortige Rede war darauf bedacht, das ländliche Leben als Schweizer Ideal zu stilisieren. Zu den Versprechungen der SVP gehören patriarchale Gemeinschaften mit viel Tradition. Kleinräumige Strukturen sollen die Einheimischen vor den Fremden schützen und den Rückbezug auf eine überhöhte Heimat ermöglichen.

Nationalkonservative Wende?

Der Historiker Jo Lang beschrieb in unserem Gespräch, wie eine „nationalkonservative Welle“ mit dem Aufschwung der SVP einhergeht. Der ehemalige Nationalrat der Grünen führte neopopulistische Strömungen unter anderem auf eine „Sehnsucht nach dem Dorf“ zurück. Dahinter verberge sich eine Skepsis gegenüber einer Moderne, die immer vielfältiger, komplizierter, unübersichtlicher und unheimlicher werde. Hinter den regressiven und aggressiven Stimmungen in vielen Dörfern und Agglomerationen der Deutschschweiz stecke letztlich aber etwas höchst Modernes, nämlich eine Existenzangst und Identitätskrise. Fazit: Nur eine Modernisierung, die das ernst nehme, vermöge die Menschen aus der Traditionsfalle zu befreien, die dem Weltfrieden den Rücken zukehrt.

Der Ökonom und Publizist Oliver Fahrni lehnt indes die Zuschreibung „nationalkonservativ“ für die SVP ab. Er wies mich darauf hin, wie das SVP-Programm oder die moderne Zürcher SVP zwar die erwähnten traditionellen Werte propagiert, aber faktisch die neoliberale Deregulierung praktiziert. Sie tat das laut Fahrni in den vergangenen zehn Jahren viel aktiver als die Freisinnig Demokratische Partei (FDP). Dieser Widerspruch zwischen dem Heimatsmaler Ferdinand Hodler und Hedgefonds habe der ehemalige Unternehmer und Bundesrat Christoph Blocher schon immer verkörpert. Zum Beispiel als Verwaltungsrat der grössten Bank (UBS). Er habe manche finanzkapitalistische Praktiken in der Schweiz eingeführt, stets gegen die EU „gewettert“, den Bundesrat aber dazu angehalten, den Geschäftsverkehr mit ihr zu fördern. Bis zu einem gewissen Grade sei der von Blocher geschätzte Maler Hodler also nur vorgeschützte Folklore. Die Ideologie der SVP sei in diesem Sinne nicht einfach konservativ, sondern anti-aufklärerisch, anti-parlamentarisch, anti-demokratisch, anti-intermediär, anti-politisch oder postpolitisch. Davon zeuge auch der Wandel

der Klientel, wie sie etwa der 2015 neu gewählten Nationalrat Roger Köppel verkörpere, der auch Chefredaktor der Wochenzeitschrift *Weltwoche* ist. Für Fahrni stellen diese Kräfte eine „vierte Rechte“ dar. Wir sollten Blochers Beschimpfungen des Parlaments ernst nehmen, sagt er. Bedeutend sei, was die bürgerliche Politik eigentlich noch reguliert und wie sich Besitzende dazu verhalten. Vielleicht sei der Rekurs der SVP auf Nationalismus und Traditionen, die oft eine Fiktion sind, nur ein rhetorisches Kernstück. Da die Abschottung und die Ausländerfrage das einzige politische Kapital der SVP seien, entstehe da immer wieder ein Widerspruch zu ihrem Wunsch, die grosse Wirtschaftspartei zu sein. Auf der äusseren Rechten sei das in allen europäischen Ländern ein Thema. Die Erben des Faschismus seien eben eher volksgemeinschaftlich und „sozial“ orientiert. Und ihr Übergang zur neoliberalen Deregulierungsideologie habe sie überall gespalten. Christoph Blocher stelle beides in einer Person dar.

Inmitten von Europa

Die Schweiz befindet sich inmitten von Europa. Und Europa ist, wie jeder Kontinent, vielfältig: wirtschaftlich, politisch, sozial, kulturell. Trotz Euro und Europäischer Union (EU) bestehen erhebliche Diskrepanzen zwischen den einzelnen Staaten, die wohl noch selten so nahe und friedlich beisammen standen wie heute. Und das trotz erheblichen sozialen Problemen. Luxemburg gilt als reich, Bulgarien als arm. Und Italien und Irland halten sich etwa in der Mitte. Der tatsächliche Individualverbrauch liegt in Luxemburg mindestens ein Drittel über dem EU-Durchschnitt. Danach folgen mit ungefähr je einem Fünftel Deutschland und Österreich. In Bulgarien liegt der Wert bei der Hälfte des Durchschnitts. Gemeinsam ist vielen Ländern, dass sie Banken retten und mit ihrer Verschuldung helfen, private Vermögen anzuhäufen. Die einseitige Bereicherung rührt auch von den hohen Gewinnen großer Unternehmen. Sie erhöhen die Preise, halten die niedrigen Löhne tief und profitieren von günstigen Steuern und von einer Politik, die sich oft schwach gegenüber Starken und stark gegenüber sogenannten Schwachen verhält.

Durch die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise verschuldeten sich laut dem Europäischen Statistischen Bericht 2015 (Mäder 2015: 308) viele Staaten wie nie zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg. Im Jahre 2014 kamen Österreich, Großbritannien und Frankreich auf Anteile von

rund vier Fünftel des Brutto-Inlandproduktes. In Italien stieg die Verschuldungsquote auf 128 %, in Griechenland auf 175 %. Ohne Darlehen der EU stünden, nebst Griechenland, auch Irland oder Portugal zahlungsunfähig da. Auch in Deutschland erhöhten sich die Schulden innerhalb eines Jahres um 10 %. Wobei Deutschland selbst, zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds, ein hartes Schuldenregime durchsetzt, das andere Länder mit Sparauflagen bis zur Rezession antreibt und dafür hohe Zinsen verlangt. Anders funktionierte das Londoner Schuldenabkommen von 1953, das die Schulden von Deutschland einfach halbierte und so das viel gepriesene Wirtschaftswunder initiierte. Heute treibt die Schuldenpolitik Millionen von Menschen in die Armut. In der EU sind fast 120 Millionen Menschen armutsgefährdet. Dazu zählen alle Personen, deren verfügbares Einkommen unter der nationalen Schwelle der Armutsgefährdung liegt. Die soziale Kluft bedroht den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Frieden.

Demokratische Prozesse gefährdet

In der kleinen Schweiz sind die Wege zwischen Wirtschaft und Politik kurz. Groß ist hingegen die soziale Kluft bei den Vermögen und teilweise auch bei den verfügbaren Einkommen. Die Konzentration der Vermögen oligarchisiert die Schweiz. Sie tangiert auch demokratische Prozesse. Erhebliche Mittel fließen in Abstimmungen, Interessenverbände, Medien und zu bürgerlichen Parteien. Die Hoffnung, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise die Bereitschaft zum Umdenken fördert, erfüllt sich kaum. Geraten Großbanken in Schwierigkeiten, dann verlangen sie mehr Staat, sonst weniger. Spannungen bestehen auch zu Teilen der sogenannten Realwirtschaft. Aber die Bande bleiben eng. Auch zur (Außen-)Politik, die bei globalen Kooperationen gefragt ist. Das Kapital ist ein wirkungsvoller Machtfaktor, ohne demokratisch legitimiert zu sein. Es reproduziert sich scheinbar selbst, instrumentalisiert Teile der Politik und provoziert gesellschaftliche Spannungen.

Das Streben nach Macht äußert sich im Versuch, mit dem wirtschaftlichen Kapital auch den politischen und gesellschaftlichen Einfluss zu erhöhen. Das gelingt auch deshalb, weil sich die politische Macht oft schwach gegenüber wirtschaftlich Starken und stark gegenüber „sozial Schwachen“ verhält. So verschärft sich die soziale Brisanz weiter. Aber das dynamisiere doch die Entwicklung, erklärte mir einst Daniel Vasella, der langjährige VR-Präsident von Novartis. (Mäder

2010: 209) Andere Mächtige äußerten sich Ende Januar 2015 am Weltwirtschaftsforum in Davos etwas moderater. Sie befürchten, mit den sozialen Gegensätzen könnte auch der Arbeitsfrieden zerbrechen. Einzelne Reiche hoffen darauf, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise zu einem Umzudenken und dazu führt, das gesellschaftliche Korrektiv gegenüber kommerziellen Interessen zu stärken. Die meisten Reichen lehnen jedoch politisch motivierte Regulierungen ab. Sie favorisieren private Zuwendungen und wohltätige Stiftungen. Diese sind allerdings von sehr beschränkter Reichweite. Sie können sozialstaatliche Leistungen allenfalls ergänzen, aber nicht ersetzen. Die Existenzsicherung und der soziale Ausgleich sind gesellschaftlich zu gewährleisten. Sie dürfen nicht vom Goodwill der Reichen abhängen. Einseitige Abhängigkeiten beeinträchtigen friedliche Prozesse.

Globaler Ausgleich

Die Globalisierung hat eine lange Geschichte. Einen wichtigen Schub erlebte sie anno 1989 mit dem Fall der Berliner Mauer. Seither verstärkt sich ein einseitig wirtschaftlich geprägter Globalismus. Demgegenüber knüpft eine Konzeption der Globalität an die Vorstellung einer internationalen Solidarität an. Sie orientiert sich an einer gerechteren Weltwirtschaft und einer demokratischen Weltgesellschaft mit starken zivilgesellschaftlichen Bewegungen und Einrichtungen.

Der Welthandel und die forcierten Finanzströme sind zentrumsorientiert. Sie klammern weite Teile der Bevölkerung aus. Während die Preise für industriell gefertigte Güter tendenziell steigen, sinken – im Vergleich – jene für Rohstoffe und Primärgüter. Weil sich die Austauschbedingungen in vielen Bereichen verschlechtern, erzielen viele südliche Regionen mit mehr Exporten weniger Erlöse. Neu auflebende Theorien der Modernisierung plädieren für geballte Investitionen in Wachstumszentren. Sie nehmen (wie die Handelsabteilung des Bundes) an, dass der daraus folgende Wohlstand allmählich ins „Hinterland“ sickere. Doch der erhoffte Effekt lässt auf sich warten. Mehrere Milliarden Menschen leben weitgehend rechtlos unter dem Existenzminimum. Und die wirtschaftliche Macht konzentriert sich. Ein paar hundert Unternehmen kontrollieren zwei Drittel des weltweiten Handels. Ihr Umsatz übersteigt die Hälfte des weltweiten Sozialprodukts. Wenn das so weitergeht, kann es gefährlich werden. Die Zentralisierung der Wirtschaft berührt politische Grundlagen wie das Territori-

alprinzip mit festen Grenzen, das Souveränitätsprinzip mit dem staatlichen Gewaltmonopol und das Legalitätsprinzip mit geltenden Verträgen. Das Aufweichen sozialer Verbindlichkeiten erhöht die Verunsicherung und den Ruf nach einer starken Hand, die für Ordnung sorgen soll. Rasche Veränderungen und komplexe gesellschaftliche Strukturen verlocken dazu, Halt in Vereinfachungen zu suchen. Mit dem einseitig wirtschaftlich geprägten Globalismus formieren sich so neue fundamentalistische Strömungen, die das Konfliktpotenzial erheblich erhöhen. Friedenspolitik muss darauf reagieren.

Das Credo der Modernisierung plädiert dafür, regionale Märkte rigoros zu öffnen und die Entwicklungsregionen in den kapitalistischen Weltmarkt zu integrieren. Wenn Ungleiches gleich behandelt wird, bleibt es jedoch ungleich. Die Austauschbedingungen (Terms of Trade) polarisieren so Arm und Reich. Aber das muss nicht sein. Seit den frühen 1970er-Jahren versuchen einzelne Regionen des Südens, den Weltmarkt selektiv zu nutzen. Gemeinsam wollen sie die Bedingungen des wirtschaftlichen Austauschs mitbestimmen. Sie fächern ihre Produktion auf und wollen eigene Produktivkräfte entfalten. Konzepte einer sozialen Globalität plädieren für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung. Sie schlagen vor, die Preise für Rohstoffe an jene für industriell gefertigte Güter anzupassen. Die Hälfte des Mehrerlöses würde ihnen ausreichen, ihre existenziellen Bedürfnisse zu befriedigen. Stabile Abnahmequoten könnten helfen, die Abhängigkeit von einzelnen Exportgütern zu mindern. Diese Vorschläge gehen davon aus, dass wirtschaftlicher Austausch ein demokratisches Regulativ braucht. Sie wollen emanzipatorisch die Kooperation staatlicher, religiöser und zivilgesellschaftlicher Institutionen stärken. Der Schulterschluss soll den sozialen Zusammenhalt global festigen und (anstelle eines autoritären) ein friedliches 21. Jahrhundert ermöglichen. Die Konzeption der Globalität hält die internationale Solidarität hoch. Sie will den interkulturellen Austausch sowie den sozialen Ausgleich fördern. Verbindliche Vereinbarungen im Sinne fairer Preise tragen dazu bei. Die Schweiz könnte sich so für einen gerechteren Handel und dafür engagieren, weltweit die politischen Strukturen zu demokratisieren und die Menschenrechte sowie die zivilgesellschaftlichen Bewegungen zu stärken.

Die Welt braucht keine Weltregierung, aber globale Verbindlichkeiten. Ein Ort, wo diese ausgehandelt werden, ist die UNO. Sie ist demokratisch legitimiert, aber relativ schwach. Zudem so organisiert, dass

der Sicherheitsrat immer wieder hilfreiche Handlungen blockiert. Dass die UNO über wenig Mittel verfügt, hängt insbesondere damit zusammen, dass Länder wie die USA stärker auf militärische Bündnisse setzen. Das zeigte sich auch bei jüngeren Konflikten. So etwa in der Ukraine. Oder in Syrien. Da musste die UNO im Jahr 2014 sogar Lebensmittellieferungen einstellen, weil Ressourcen fehlten. Da sind mehr politische Verbindlichkeiten sowie zivilgesellschaftliche Aktivitäten gefragt.

Zivilgesellschaftliche Perspektiven

Die Zivilgesellschaft (Mäder 2015: 180) zeichnet sich durch einen offenen Charakter und klar säkularisierte Grundlagen der Politik aus. Konfliktbereitschaft und Konfliktfähigkeit sind zentral. Sie manifestieren sich in gesellschaftlichen Protesten und sozialen Bewegungen, die eine Autonomie gegenüber staatlichen Einrichtungen postulieren. Die Zivilgesellschaft hat verschiedene Stränge. Ältere Staatstheorien thematisierten die Frage der Civil Society bereits im 17. Jahrhundert. John Locke leitete damals gesellschaftliche Institutionen und Integrationsformen aus den Bedürfnissen der Individuen ab. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts engagierte sich im ehemaligen Ostblock die Bürgerinnen- und Rechtsbewegung dafür, die Zivilgesellschaft zu stärken. Soziale Bewegungen setzten sich während den siebziger Jahren auch in westlichen Industrieländern vermehrt für den Schutz ziviler Einrichtungen ein. Heute beeinflusst die Frage nach dem Rückzug des Staates die Debatten über die Zivilgesellschaft. Die Reaktivierung des Zivilen soll gesellschaftliche Aufgaben neu verteilen, den sozialen Zusammenhalt festigen und Konflikte mit zivilen Mitteln bewältigen. Die Zivilgesellschaft läuft allerdings Gefahr, einen Abbau sozialstaatlicher Leistungen zu kompensieren und unfreiwillig zu legitimieren.

Die Zivilgesellschaft steht in einer langen Tradition der Solidarität. Sie geht zunächst von Einzelnen, sozialen Bewegungen, Genossenschaften, Gewerkschaften, politischen und kirchlichen Organisationen aus. Im Vordergrund stehen selbstorganisierte Aktivitäten, die sich idealtypisch weitgehend außerhalb der Staats- und Marktsphäre bewegen. Die Unterscheidung von ziviler Gesellschaft und Staat gilt als ursprüngliches Kennzeichen der Moderne. Der Soziologe Anthony Giddens (1997: 187) kritisiert diese Trennung. Seiner Auffassung nach ist „die Zivilgesellschaft nie bloß eine Reihe von Einrichtungen außerhalb

des Staates gewesen“. Der Staat ist jedenfalls kein Selbstzweck. Er umfasst zahlreiche gesellschaftliche Institutionen und nimmt auch über die Unterstützung ziviler Einrichtungen Funktionen wahr, die unmittelbar von erheblichem öffentlichem Interesse sind. Die zivilgesellschaftlichen Einrichtungen sind ein wichtiges Instrument einer umfassenden demokratischen Bewegung. Sie machen Probleme öffentlich sichtbar, ziehen Mächtige zur Verantwortung und weiten die direktdemokratische Entscheidungsfindung aus.

Konkrete Umsetzung: *swisspeace*

Swisspeace ist eine zentrale Nichtregierungsorganisation (NGO) in der Schweiz. Ihre Schwerpunkte sind die Friedensförderung, Konfliktforschung und das Friedenstraining.¹ Die Friedensstiftung kooperiert eng mit rund fünfzig weiteren Nichtregierungs-Organisationen, die sich ebenfalls für den Frieden engagieren. Dies im Rahmen eines gemeinsamen *Kompetenzzentrums Friedensförderung* (KOFF). An dieser dialogischen Plattform wirkt auch das Eidgenössische Department für auswärtige Angelegenheiten (EDA), zusammen beispielsweise mit der Gesellschaft für eine Schweiz ohne Armee (GSOA). Der Bund unterstützt *swisspeace* auch sonst recht prominent. Die Friedensstiftung setzt sich weltweit praxisorientiert für eine friedliche und nachhaltige Beilegung von bewaffneten Konflikten ein. In der Forschung und Weiterbildung intensiviert sie ihre Zusammenarbeit mit den Hochschulen. Seit 2010 ist *swisspeace* assoziiertes Mitglied der Universität Basel. Wichtige Aufträge kommen vom EDA und vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF). Die Stiftung prägt mit ihren fünfzig Festangestellten die schweizerische Friedens- und Sicherheitspolitik mit. Mit dem traditionell eher institutionell ausgerichteten *Center for Security Studies* (CSS) der Eidgenössisch Technischen Hochschule (ETH) Zürich fördert *swisspeace* die Friedensmediation. Mit *UN Women* protegiert sie, wie von der UN-Resolution 1325 intendiert, den vermehrten Einbezug von Frauen an Friedensprozessen. Ein Fokus der Konfliktanalyse und Konfliktbewältigung konzentriert sich auf den Nahen Osten. In Gaza will *swisspeace* zur Verständigung zwischen Hamas und Fatah beitragen. Wichtig ist auch die Vergangenheitsarbeit. Dazu gehört das Aufarbeiten von Gewalttaten und Verletzungen der Menschenrechte. Der holistische Ansatz basiert auf vier Grundpfeilern: dem Recht auf

¹ <http://www.swisspeace.ch/>

Wissen, auf Gerechtigkeit, auf Wiedergutmachung und auf Nicht-Wiederholung. Oft geht es auch darum, eine funktionierende Staatlichkeit wiederherzustellen. So etwa im (Süd-)Sudan. Dabei interessiert sich *swisspeace* unter anderem dafür, was wirtschaftliche Unternehmen leisten können. Anno 2014 nutzte die Stiftung den Schweizer Vorsitz der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE), um europäische Friedensprojekte zu lancieren und zivilgesellschaftliche Aktivitäten zu koordinieren. Vielfältige Weiterbildungen bietet *swisspeace* an der Universität Basel an. Neue Angebote sind mit südosteuropäischen Hochschulen vorgesehen.

Die Schweiz betreibt über Hochschulen, diverse Nicht-Regierungsorganisationen (NGO), die *Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit* (DEZA) sowie die *Abteilung Menschliche Sicherheit* (AMS) eine Entwicklungs- und Friedensförderung, die sich an den örtlichen Bedürfnissen südlicher Länder orientiert. Die Schweiz engagiert sich auch aktiv an Friedensbemühungen der UNO. Sie unterläuft aber ihre eigenen Anstrengungen durch Rüstungsexporte und eine Wirtschaftspolitik, die multinationale Konzerne und Finanzinstitute gegenüber der ansässigen Bevölkerung favorisiert. Das kritisiert auch der Publizist Andreas Zumach (2015b: 3). Zwar engagieren sich in der Schweiz erfreulich viele NGOs für den Frieden. Laut Laurent Goetschel (2015b: 9), dem Direktor von *swisspeace*, fehlt ihnen aber im Parlament auf Bundesebene eine eigentliche „Friedenslobby“. Das zeigt sich vor allem auch, wenn es um mehr sozialen Ausgleich geht, der regional und global für die Friedensförderung zentral ist.

Literatur

- Bilanz 2014: Die Reichsten 300. Nr. 24. Zürich: Wirtschaftsmagazin.
- Credit Suisse 2010: Global Wealth Data-book. Zürich: CS.
- Giddens, Anthony 1997: Jenseits von Links und Rechts – Die Zukunft radikaler Demokratie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp (englische Erstausgabe 1994).
- Goetschel, Laurent 2015b: Es fehlt eine eigentliche „Friedenslobby“. In: KOFF, 9.
- KOFF 2015a: Die Schweizer Akteure im Nahostkonflikt, Newsletter Nr. 140. Bern: *swisspeace*.
- KOFF 2015b: Die Schweizer Friedensarchitektur, Newsletter Nr. 138. Bern: *swisspeace*.
- Mäder, Ueli 2015: *macht.ch – Geld und Macht in der Schweiz*. Zürich: Rotpunktverlag.
- Mäder, Ueli; Jey, Ganga A. und Schilliger, Sarah 2010: *Wie Reiche denken und lenken*. Zürich: Rotpunktverlag.
- Schwarz, Gerhard 2011: *Wirtschaftswunder Schweiz. Ursprung und Zukunft eines Erfolgsmodells*. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Zumach, Andreas 2015b: *Friedenspolitische Kohärenz in der Schweiz?* In: KOFF, 3–4.